

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Minister Herrfurth: Die Frage der Untersuchung der Prostituirten ist so schwierig, daß sie nur von Aerzten entschieden werden kann. Der Gelegenheitsmacherei sucht die Polizei nach Möglichkeit entgegenzutreten, und mit Erfolg. Die Lokale mit weiblicher Bedienung können nicht verboten werden; dagegen wird gegen sie vorgegangen mit Concessionsentziehung, wenn in ihnen der Völlerei und Unzucht gebröhnt wird. Wenn Herr Stöcker von der Sittencontrole eine ethische Einwirkung erwartet, so verwechselt er diese mit der Sittenpolizei. Bei der Sittencontrole handelt es sich um rein sanitätspolizeiliche Maßnahmen. Unter Sittencontrole kommt nur der Abschaum, nur diejenigen, von denen eine Gemeenschädlichkeit anzunehmen ist. In Bezug auf die Minorennen liegen die Verhältnisse keineswegs so schlimm, wie Herr Stöcker annimmt. Wenn eine Frauensperson wegen überlichen Lebenswandels von der Sittenpolizei sistirt wird, so wird sie nicht sofort unter Sittencontrole gestellt, sondern zunächst protokollarisch verwahrt und zur baldigen Beschaffung eines ehrlichen Broderwerbs aufgefordert. Ist sie minorenn und wohnen ihre Eltern oder ihr Vormund außerhalb Berlins, so wird diesen Mittheilung gemacht mit der Anheimstellung, sie binnen 14 Tagen bei sich oder in einer anständigen Familie unterzubringen. Bleibt sie dennoch bei dem unflüchtigen Lebenswandel, so erfolgt die Stellung unter Controle nicht sofort, sondern erst nachdem 3 oder 4 Mal die Verwarnung sich als fruchtlos erwiesen hat. Im ganzen ist die Zahl der Minorennen, welche wirklich unter Controle haben gestellt werden müssen, eine sehr geringe. Auch die Zunahme der Prostitution in Berlin überhaupt ist weit geringer, als Hr. Stöcker annimmt, sie beträgt noch nicht 4000 und hat in den letzten Jahren im Vergleich zur sonstigen Bevölkerungszunahme sich durchaus nicht so bedeutend gesteigert. Es war mir sehr wenig erfreulich, auf diese Dinge näher eingehen zu müssen, abgesehen davon, daß es sehr wenig erquicklich ist, über ein solches Gebiet zu sprechen, das für eine Versammlung, wo jeder zu den Tribünen Zutritt hat, sehr wenig zur Erörterung geeignet ist. (Gehr richtig!) Ich glaube, es wäre besser gewesen, wenn Hr. Stöcker den Weg betreten hätte, den auch ich eingeschlagen habe, sich bei dem Polizeipräsidenten Auskunft zu holen.

Abg. Stöcker: Die letzten Aeußerungen des Ministers muß ich bedauern; wir sind hier nicht der Tribünen wegen verammelt, sondern zum Heile des Volkes. Was Gegenstand der Gesetzgebung und Polizei-Verwaltung ist, kann und muß hier besprochen werden. Es darf nicht alles in Dunkel gehüllt werden.

Abg. Langerhans (frei.): Wenn es mit der Sache ernst ist, dann hätte Herr Stöcker von der Geschäftsordnung Gebrauch machen und die Deffentlichkeit ausschließen lassen sollen. Er hätte einen Antrag stellen sollen, den man commissarisch berathen kann. Mit allgemeinen Redensarten rührt man nur Unrath auf, ohne einen Schritt vorwärts zu kommen. (Gehr richtig! links.) Es können viele Vorschriften und Einrichtungen verbessert werden; aber wenn man sich darüber klar ist, dann komme man mit einem Antrage, den man gründlich berathen kann.

Abg. Stöcker: Wenn die Freisinnigen aufhören, immer zu reden, ohne Anträge zu stellen, dann will ich ebenfalls folgen. Ich habe keine allgemeinen Redensarten gemacht, sondern bestimmte Dinge vorgebracht, und hoffe, daß die Debatte ihre Wirkung haben wird. Im Theater darf die Unzucht auf die Bühne gebracht werden und hier sollen wir solche Dinge nicht zur Sprache bringen!

Abg. Langerhans: Ich halte es für außerordentlich traurig, daß solche Dinge hier öffentlich erörtert worden sind.

Abg. Stöcker: Diese Dinge sind im englischen und italienischen Parlament öffentlich verhandelt worden, und keine der Damen, welche uns heute mit ihrer Gegenwart beehren, hat es für nöthig gehalten, sich zu entfernen. Ich halte das für richtig, denn es handelt sich für die Frauen, und zwar gerade für die hochgestellten und gebildeten, um das Wohl ihrer Schwwestern. (Zustimmung rechts.)

Abg. Brüel (Welfe) kommt auf die gestrigen Ausführungen über den Welfenfonds zurück. Die Erklärung des Ministers, daß die Regierung nicht die Absicht habe, die Initiative zur Aufhebung der Beschlagnahme zur Zeit zu ergreifen, wolle er nur dahin verstehen, daß die Regierung darüber zur Zeit noch keinen Beschluß gefaßt habe. Nach dem Wortlaut des Gesetzes scheint es allerdings, als wenn ein Gesetz zur Aufhebung der Beschlagnahme notwendig sei. Wenn man aber namentlich die Verordnung von 1868, welche die Beschlagnahme verfügt, genauer ansieht, so müßte man zu anderem Schlusse kommen. In dieser Verordnung werde festgestellt, daß König Georg in der Verfügung über sein Eigenthum in allen Fällen durch die preussische Behörde vertreten werde. König Georg sei gestorben, in Folge dessen sei die preussische Behörde nicht mehr berechtigt, frei und unbeschränkt über sein Vermögen zu verfügen. Diese Auffassung werde noch dadurch verstärkt, daß in dem Immediatbericht an den König von Preußen, durch welchen die Beschlagnahmeverordnung erwirkt wurde, ausgeführt wird, daß auf Grund der vorliegenden Thatfachen die Beschlagnahme durch gerichtliches Verfahren bewirkt werden könnte, aber es würde wohl den erhabenen Intentionen Sr. Majestät entsprechen, daß das Vermögen zurückgegeben wird, wenn die zur Zeit für die Beschlagnahme vorliegenden Gründe beseitigt sind. Mit dem Tode des Königs Georg habe jeder Grund für die Beschlagnahme aufgehört, denn die Strafe könne doch nur den Schuldigen treffen, nicht aber den unschuldigen Nachfolger. Es bestehe überall das Gefühl, daß jetzt ein neues politisches Leben im Beginne ist; hoffentlich werde auch für diese Frage eine neue Aera anbrechen.

Minister Herrfurth: Das feine Gewebe der Deductionen des Abg. Brüel wird ohne weiteres durch das schwere Gewicht des groben, aber sehr klaren Gesetzes, monach außer gegenüber dritten gutgläubigen Erwerbern und Cessionaren die Aufhebung der Beschlagnahme nur durch Gesetz erfolgen kann, zerrissen. Wenn der Abg. Brüel deduciren wollte: die Verhältnisse sind andere geworden, die Regierung hat nunmehr die Pflicht, ein solches Gesetz einzubringen, so ließe sich darüber discutiren. Aber wenn er sagt, ein solches Gesetz sei nicht notwendig, so ist das ein schwerer juristischer Irrthum. Wir brauchen uns über die Sache kaum noch zu entscheiden, denn das Haus

hat 1875 bei Gelegenheit der Aufhebung des Vermögens des Kurfürsten von Hessen, wo genau dieselbe Rechtslage war, ein Gesetz für nothwendig erachtet. Dieser Präcedenzfall entscheidet für die Regierung und das Haus.

In der sich anschließenden Debatte tritt der Abg. Windthorst für den Standpunkt des Abg. Brüel ein, während die (nat.-lib.) Abgg. Tramm und Enneccerus mit dem Minister ein Gesetz zur Aufhebung der Beschlagnahme für nothwendig halten.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (conf.) erklärt bezüglich einer Veröffentlichung des Hrn. Hans v. Reibnitz in der „Danziger Zeitung“, wonach er damals gesagt habe, daß der „Stauffenberg des Ostens“ die Schnapsflasche habe kreifen lassen und daß dadurch die Inffleute im Kreise Rosenberg-Löbau verführt worden seien, für den Polen zu stimmen: Es ist ja selbstverständlich für jeden gebildeten Mann, daß ich diese Bemerkung nur sinnbildlich gemacht haben kann. Denn daß Hr. v. Reibnitz selbst mit der Schnapsflasche umhergezogen ist und überall eingeschänkt hat, das hat wohl kein Mensch erwarten können, daß das in meiner Bemerkung hat liegen sollen. Kurz will ich noch bemerken, daß die Gründe, weshalb ich nicht in anderer Weise gegen Herrn v. Reibnitz vorgegangen bin, sich dem öffentlichen Interesse entziehen. Ich erwähne folgende Thatfachen: Nach amtlichem Bericht des Chausseeausssehers Aschmann übergab Hr. v. Reibnitz im Kreise Tiffit dem Steinschläger Friedrich Pomleit aus Palompen eine leere Dreiquartierflasche und 1 Mark mit der Bedingung, das Geld gemeinschaftlich zu vertrinken, was auch befolgt wurde. Der zweite Punkt betrifft den Kreis Rosenberg. Hr. v. Reibnitz erschien wenige Tage vor der Hauptwahl in dem Orte Rothwasser in Begleitung eines Gutsbesizers. Er ließ in dem dortigen Gasthause die Bauern zusammenkommen, ponirte ihnen Bier, Schnaps und Cigarren und forderte sie auf — nachdem sie reichlich zugesprochen hatten — seinen Wahlauftrag zu unterschreiben. Die Bauern thaten dies zum Theil auch, glaubten aber mit diesem Geschäft das Gelage nicht abschließen zu dürfen, sondern tranken auf Kosten des Hrn. v. Reibnitz weiter. Diesem dauerte die Geschichte zu lange, weil er noch andere Wahl-agitationen vorhatte. Er verließ ohne zu zahlen das Lokal, kam nach 3 Tagen zurück und bezahlte dem Gastwirth die Rechnung. Zeugen der Gastwirth und der Bauunternehmer Diefener. Ich beschränke mich auf diese Ausführungen und überlasse das Urtheil dem Hause, ob ich v. Reibnitz verleumbet habe. (Cebh. Beifall rechts.)

Abg. Ricker: Nur ein paar Worte zur dieser Erklärung. Herr v. Puttkamer hat am 11. März die Aeußerung gemacht, es sei unzweifelhaft, daß in Piesenburg über tausend Inffleute und kleine Leute verführt worden sind, für den Polen zu stimmen, und zwar durch die Schnapsflasche, die der „Stauffenberg des Ostens“ dort hat kreifen lassen. (Gehr richtig, rechts.) Also tausend Inffleute und kleine Leute. (Zuruf: Es ist genau sol Heiterkeit.) Sie, Hr. Gerlich, sind doch nicht dabei gewesen. . . Hr. v. Reibnitz wird voraussichtlich selbst hierauf antworten. Wir sind die Thatfachen, die er anführt, nicht bekannt; aber wenn sie auch wahr wären, wäre immer noch nicht die Behauptung des Herrn v. Puttkamer erwiesen. Die eine bezieht sich auf Tiffit. Davon war damals gar keine Rede. Selbst Herr v. Puttkamer behauptet, daß Herr v. Reibnitz nur in einem Dorfe die Bauern eingeladen und tractirt habe. Wo bleiben da die tausend Inffleute? Was heißt es, er habe das nur sinnbildlich gemeint? Das sind nur Widersprüche. Sie werden wahrscheinlich über diese Dinge noch mehr zu hören bekommen.

Abg. v. Puttkamer-Plauth: Ich habe thatsächlich bewiesen, daß Herr v. Reibnitz mit dem Schnaps dort operirt hat, um seine Wahl durchzusetzen.

Abg. Ricker: Diese Art, den Kampf gegen einen Abwesenden, der sich nicht vertheidigen kann, zu führen, ist doch im Parlament noch nie dagewesen. Herr von Puttkamer hat nur zwei Thatsachen angeführt, die für seine Behauptung durchaus nichts beweisen.

Nachdem noch der Abg. Lamprecht eine Verbesserung der Gehälter der Kreissecretäre wünscht hat, wird der Etat bewilligt.

Der Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung und der Etat der Gessütsverwaltung werden ohne erhebliche Debatte erledigt und darauf die weitere Berathung bis Freitag verlag.

Vermischte Nachrichten.

* [Die feindlichen Brüder.] In Mount-Bernon (Kentucky) hat sich folgende sensationelle Geschichte zugetragen. Zwei Brüder, namens Snodgrass, die Söhne eines Decans der Methodistengemeinde, suchten einen Zweikampf aus. So groß war die Erbitterung der Duellanten, daß nach Abfeuern der Schüsse die Revolver frisch geladen wurden. Acht Schüsse wurden gewechselt. Einer der Brüder blieb todt auf dem Platze; der überlebende Bruder gab seine letzten drei Schüsse trotz einer schweren Verwundung im Unterleib ab, die er beim fünften Augewechsel erhielt. Die Veranlassung zu diesem Duell war Eifersucht; beide Brüder liebten die Tochter eines Aneipwirths, namens Fischer; sie kokettirte mit beiden abwechselnd. Letzten Sonntag kam es zu Thätlichkeiten zwischen den beiden Liebhabern, in Folge deren ein Duell verabredet wurde. Beide Brüder schrieben an das Mädchen heiße Abschiedsbriefe, welche der Ueberlebende überbringen sollte. 50 Mädchen, Freundinnen der Tochter des Aneipwirths, gingen in Procession hinter dem Sarge einher.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 17. April. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, hollsteinischer loco neuer 180 bis 186. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175 bis 180, russ loco ruhig 114—124. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 69.00. — Spiritus ruhig, per April-Mai 21 1/2 Br., per Mai-Juni 21 1/2 Br., per Juni-Juli 21 1/2 Br., per August-September 23 1/2 Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack. — Petroleum fest. Standard white loco 6.65 Br., per August-Dez. 7.00 Br., 6.95 Cb. — Wetter: Bedeckt.

Hamburg, 17. April. Zuckermarkt. Rübenrohruher 1 Product Basis 88 % Rendement, neue Usance, f. a. B. Hamburg per April 12.27 1/2, per Mai 12.32 1/2, per Aug. 12.52 1/2, per Debr. 12.27 1/2. Fest.

Hamburg, 17. April. Kaffee. Good average Santos per April 86 1/2, per Mai 88 1/2, per September 83 3/4, per Debr. 78 3/4. Unregelmäßig.

Havre, 17. April. Kaffee Good average Santos per Mai 108.00, per September 108.00, per Deceber 99.00. Ruhig.

Bremen, 17. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Gehr fest. Standard white loco 6.55 bei u. Br.

